

nr. 3 – mai 2014

ecke köpenicker

[Seite 3:](#) Reichen die Grundschulplätze? [Seite 4:](#) Zum Kiezspaziergang mit der Betroffenenvertretung
[Seite 6/7:](#) Stadtforum: Berlin wächst! [Seite 10:](#) Die Genossenschaft »Spreefeld e.G.«



Ch. Eckelt

Zeitung für das Sanierungsgebiet *Nördliche Luisenstadt*. Erscheint achtmal im Jahr kostenlos.
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung



Welche Ecke?

Kennen Sie sich im Gebiet gut aus? Dann erraten Sie sicher, wo dieses Foto aufgenommen wurde! Wer weiß, wo sich dieser Ort befindet, schicke die Lösung bitte mit genauer Absenderadresse an die Redaktion: »Ecke Köpenicker«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, oder per Mail an ecke.koepenicker@gmx.net. Unter den Einsendern verlosen wir einen Büchergutschein. Einsendeschluss ist Montag, der 19. Mai. Wir freuen uns über Ihre Einsendungen! Unser letztes Bilderrätsel zeigte ein Detail der chinesischen Botschaft an der Brückenstraße. Gewinnerin ist Brigitte Witt-Stefanow, die auch wusste, dass das Foto den Eingang zur Konsularabteilung zeigt. Herzlichen Glückwunsch! Der Preis wird Ihnen per Post zugesandt

Umweltpreis 2014

Das Bezirksamt Mitte von Berlin schreibt auch in diesem Jahr einen Umweltpreis aus. Gewünscht sind innovative Beiträge und Ideen, die sich mit Themen aus den Bereichen Umwelt, Natur und Technik befassen. Die Einreichungen können sich auf durchgeführte oder geplante Projekte beziehen. Die Inhalte können naturwissenschaftlicher, technischer, künstlerischer, kultureller und sozialer Art sein. Teilnahmeberechtigt sind Personen und Gruppen, die ihren Wohnort oder Arbeitsmittelpunkt im Bezirk Mitte haben, sowie Einrichtungen in freier Trägerschaft. Es ist zulässig, Beiträge einzureichen, die bereits bei anderen Wettbewerben (aber nicht beim Umweltpreis Mitte) vorgestellt wurden. Jede Person darf sich nur mit einem Beitrag beteiligen.

Jeder Teilnehmer muss sich bis Montag, den 16. Juni um 16 Uhr per Post, Fax oder E-Mail im SUZ Mitte oder im Umweltladen Mitte anmelden. Die Anmeldung erfolgt durch Einreichung einer zweiseitigen Kurz-

präsentation im Format A4 unter Angabe von Name, Einrichtung/Betrieb und Adresse. Das Bezirksamt Mitte stellt ein Preisgeld von 3.000 Euro zur Verfügung. Die Preise werden in altersbezogene und gruppenspezifische Kategorien aufgeteilt und von einer unabhängigen Jury vergeben. Sonderthema ist in diesem Jahr »Schulgärten – Gärten für die Kleinen der Stadt«. Dafür wurde ein Preisgeld von 1.000 Euro vom Landesverband Berlin der Gartenfreunde und dem Verlag W. Wächter zur Verfügung gestellt. Die Präsentation und Preisverleihung findet am Mittwoch, 25. Juni, von 9 bis 14 Uhr im Schul-Umwelt-Zentrum (SUZ), Scharnweberstraße 159, 13405 Berlin statt. Eine Jury beurteilt und entscheidet dort über die Preisvergabe. Jedem Wettbewerbs Teilnehmer, der erfolgreich an der Präsentation teilgenommen und keinen Preis erhalten hat, wird ein Betrag von 50 € erstattet.

Ansprechpartner: SUZ Mitte, Tel 49 87 04 09 info@suz-mitte.de, www.suz-mitte.de
Umweltladen Mitte, Tel 901 82 20 81 umweltamt.uwl@ba-mitte.berlin.de

Termine

Betroffenenvertretung (BV) Nördliche Luisenstadt

Die BV trifft sich an jedem dritten Dienstag im Monat um 18.30 Uhr im Nachbarschaftszentrum »dialog 101«, Köpenicker Straße 101, 10179 Berlin, direkt am U-Bhf. Heinrich-Heine-Straße. **Nächstes Treffen der BV:** Di, 20. Mai. Die Sitzungen der BV sind öffentlich. In der BV kann sich jeder interessierte Anwohner engagieren. Jeder, der dreimal teilgenommen hat, ist stimmberechtigtes Mitglied.

Nächster Runder Tisch Köpenicker

Mo, 5. Mai, 11–13 Uhr, Kinderzentrum Oase, Wallstraße 43 (Flachbau) – zu Problemen und Konflikten in der Nördlichen Luisenstadt wie Lärm, Müll etc.

Veranstaltungen des Bürgervereins Luisenstadt:

Mo, 26. Mai, 19–20.30 Uhr: Vortrag »Auf den Spuren Hermann Blankensteins in der Luisenstadt«. Dr. Felix Blankenstein spricht über das Werk und die Bauten des Architekten und zwischen 1872 und 1896 amtierenden Stadtbaurates Hermann Blankenstein.
Ort: Gemeindesaal der Annenkirche, Annenstraße 52–53, 10179 Berlin
Fr 27. Juni, ab 15 Uhr: Nachbarschaftsfest des Bürgervereins Luisenstadt auf dem Michaelkirchplatz

Redaktionsschluss

der nächsten Ausgabe »Ecke Köpenicker«:
Mo, 12. Mai. Ihre Meinung ist uns wichtig! Haben Sie Themen, Fragen, Kritik, Wünsche, Anregungen, schreiben Sie uns:

Impressum

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Abteilung Stadtentwicklung
Redaktion: Nathalie Dimmer, Christof Schaffelder, Ulrike Steglich
Redaktionsadresse: »Ecke Köpenicker«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, Tel (030) 28331 27, ecke.koepenicker@gmx.net
Fotoredaktion: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de
Entwurf und Gestaltung: capa, Anke Fesel, www.capadesign.de
Druck: Henke Druck, info@henkepressdruck.de
Vi.S.d.P.: Ulrike Steglich
Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Reichen die Grundschulplätze?

Wie Kreuzberg und Mitte sich gegenseitig ignorieren



Die Schule in der Adalbertstraße 53 wird nicht privatisiert. Das sicherte die neue Schulstadträtin Sabine Smentek zu (siehe auch Interview auf Seite 8). Das Plattenbau-Schulgebäude wird stattdessen zunächst von der landeseigenen »Berliner Immobilien Management GmbH« (BIM) verwaltet.

Der Schulstandort in der Adalbertstraße soll mittel- bis langfristig wieder als Schule aktiviert werden. Wann genau, ist jedoch derzeit noch schwer abzusehen. In der Nördlichen Luisenstadt wird es in den nächsten Jahren zu einem erheblichen Wohnungsneubau kommen. Der für Stadtentwicklung zuständige Bezirksstadtrat Carsten Spallek rechnet im Gebiet mit rund 3000 zusätzlichen Wohnungen. Schwer einzuschätzen ist dabei aber, wie sich der damit verbundene Bevölkerungsanstieg konkret auf die Schulen auswirken wird.

Ein Gutachten, das der Bezirk Mitte zu diesem Thema in Auftrag gab, soll dies klären. Es ist allerdings intern noch umstritten – insbesondere ist äußerst schwer vorherzusagen, zu welchem Zeitpunkt die Schule wieder gebraucht wird. Die Erfahrungen aus dem nördlichen Altbaubereich des Ortsteils Mitte, den um die Jahrtausendwende herum den Höhepunkt der Sanierungswelle erfasste, sprechen jedenfalls dafür, dass der Andrang auf die Schulen mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung eintritt. Familien suchen Wohnraum nämlich vor allem in ihrer Gründungsphase, wenn die Kinder noch klein sind. Familien mit Schulkindern dagegen verändern sich räumlich nur ungerne. Doch diese Erfahrungen stammen noch aus einer Zeit, in der von Wohnungsknappheit in Berlin nicht die Rede war.

Ein anderes Problem ist die Schulsituation im Kreuzberger Teil der Luisenstadt. Dort hat sich der Bezirk nämlich dazu entschlossen, die e.o. plauen-Grundschule in der Wrangelstraße 136 auslaufen zu lassen. Die Schule nimmt ab diesem Sommer keine neuen Erstklässler mehr auf. Die Räume werden künftig von der unmittelbar benachbarten Nürtingen-Grundschule genutzt. Auf diese Weise entfällt jedoch an diesem Standort direkt an der Bezirksgrenze eine Kapazität von 2,6 Zügen (also Klassen pro Jahrgangsstufe). Der Bezirk Kreuzberg rechtfertigt das mit vorhandenen Überkapazitäten in der Hunsrück-Grundschule in der Manteuffelstraße und, in geringerem Maß, der Otto-Wels-Grundschule in der Alexandrinenstraße. In seiner Schulprognose für die Luisenstadt für das Schuljahr 2018/19 kommt der Bezirk Kreuzberg-Friedrichshain zwar zu einem Defizit von 1,2

Zügen in diesem Bereich. Das gleicht er aber aus, in dem er pauschal die prognostizierte Schülerzahl um ein Sechstel (knapp 300) kürzt: »abzgl. OT Rückgangsquote 16,6 %« heißt es in der Antwort auf unsere Anfrage, wobei OT für »Ortsteil« steht und Kreuzberg meint. Durch diesen Kunstgriff kommt der Bezirk auf einen Überhang von 1,6 Zügen.

Der größte Teil dieser knapp 300 Kinder geht allerdings derzeit auf Schulen in Mitte. Die gelten aus Kreuzberger Sicht als sozial weniger belastet und sind daher bei vielen Eltern trotz längerer Schulwege sehr beliebt. In der Schulentwicklungsplanung von Mitte jedoch bilden sie die Reserve: der Bezirk ist nicht verpflichtet, Kreuzberger Schüler in Mitte einzuschulen. So kommen 116 Schüler (29,5%) der City-Grundschule in der Sebastianstraße aus Kreuzberg-Friedrichshain, die Guts-Muths-Grundschule (Singerstraße) hat knapp 20% »bezirksfremde Schüler«, die Grundschule am Brandenburger Tor (Wilhelmstraße) sogar 37%. Nur deshalb seien alle drei Schulen derzeit ausgelastet, heißt es in einer Antwort des Schulamtes Mitte auf unsere Anfrage: »Es bestehen also hinreichende Kapazitäten für die Aufnahme bezirkseigener Kinder.«

Da beißt sich die Katze also vortrefflich in den eigenen Schwanz – oder besser: beide Katzen. Denn offenbar kommunizieren die Schulämter der Nachbarbezirke über ihre Schulentwicklungsplanung nicht miteinander. Denn beide verorten ihre Reserven jeweils im Nachbarbezirk und ignorieren auf diese Art die Konsequenzen des Bevölkerungswachstums. Wohnungsneubau findet ja beileibe nicht nur in der Nördlichen Luisenstadt statt, sondern auch in Kreuzberg, in der Friedrichstadt und in der Gegend um den Alexanderplatz, wo ja ganze Wohnhochhäuser entstehen sollen. Und, was die Lage noch verschlimmert: Der größte Teil des Bevölkerungswachstums spielt sich gar nicht im Neubau ab, sondern in bestehenden Wohnungen! Der Stadtsoziologe Sigmar Gude vom Büro Topos spricht in diesem Zusammenhang von einer »Verdrängung in die Überbelegung«, die inzwischen die Phase der »Verdrängung in die Außenbezirke« abgelöst habe. Fünfköpfige Familien in Drei-Zimmer-Wohnungen seien inzwischen keine Seltenheit mehr und in der Zukunft vermehrt zu erwarten. Auch darauf werden sich die Schulämter einstellen müssen.

Christof Schaffelder



Sonntagsspaziergang, mal anders

Die Betroffenenvertretung lud zum Kiezspaziergang durch das Sanierungsgebiet ein

Ausgerechnet am Sonntagmorgen Ende März, zur Umstellung von Winter- auf Sommerzeit, hatte die Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt zum Kiezspaziergang um 10.30 Uhr eingeladen. Also eigentlich 9.30 Uhr. Nicht leicht für Menschen, die sich aufs sonntägliche Ausschlafen freuen. Dennoch waren überraschend viele Interessierte gekommen, ein erfreulich gemischtes Publikum: Anwohner und fachlich Interessierte, Jüngere und Ältere, Familien mit kleinen Kindern, auch ein Hund war dabei. Die Frühlingssonne meinte es gut mit den Spaziergängern, die vom Treffpunkt, der ver.di-Zentrale am Engeldamm, Richtung Melchiorstraße loszogen. Dort war zunächst Warten angesagt – denn die Glocken der St.-Thomas-Kirche läuteten ziemlich lange und laut. Dann aber konnte Peter Schwoch anfangen zu erzählen: beispielsweise zum Altbau in der Melchiorstraße, der gerade zu überkauften 17-qm-Wohnungen umgebaut wird.

Peter Schwoch wohnt seit 20 Jahren an der alten Eisfabrik, ist Mitglied der Betroffenenvertretung und nicht nur ein überaus gut informierter und kompetenter, sondern auch sehr unterhaltsamer Kiez-erklärer. Fast dreieinhalb Stunden führt er die Gruppe – zeitweise bis zu 60 Leute – durch das Gebiet, zeigt wichtige Orte, erklärt Schwerpunkte im Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt.

Wir spazieren die Melchiorstraße entlang und sehen das ehemalige, um 1895 errichtete Postfuhramt, in dem derzeit Künstlergruppen arbeiten – befristet, bis klar ist, wann und was genau der Investor hier vorhat. Die alten Hallen sollen abgerissen werden, das Generatorenhaus erhalten bleiben. Wohnungsneubau ist auf dem Areal geplant. Das Postfuhramt steht nicht unter Denkmalschutz.

Überhaupt wird viel gebaut und noch viel mehr gebaut werden in dem Gebiet, das zerrissen wirkt mit seinen vielen Bombenlücken aus dem Zweiten Weltkrieg; das Viertel war einst Industriezentrum. Ab 1961 lag es dann im Schatten der Mauer, die auch die historische Luisenstadt in Ost und West zerschnitt.

Peter Schwoch führt uns durch ein Gebiet mit einer kunterbunten Mischung: vorbildlich sanierte DDR-Plattenbauten in kommunalem und Genossenschaftsbesitz, alte Fabrik-Areale wie die Eisfabrik oder die Seifenfabrik mit dem hohen Schornstein, in dem in einem alten Einschussloch ein Turmfalkenpärchen wohnt. Neubauten und Baugerüste, schmale alte Straßen; die breite Köpenicker, die bis nach Kreuzberg führt. Der Galvanikbetrieb auf Kreuzberger Seite, der aus Umwelt- und Sicherheitsgründen so manches Bauvorhaben in der Umgebung ausbremst.

Neben der Wurstbude an der Ecke Köpenicker/Michaelkirchstraße, auch so einer Bombenlücke, berichtet Peter Schwoch von der benachbarten Unterkunft für Obdachlose, die privat betrieben wird. Die Zustände sind allerdings wenig idyllisch. Auch Anwohner berichten von der Unterkunft und ihren Bewohnern – man kennt sich im Kiez. Überhaupt fällt auf, wie interessiert die Kiezspaziergänger nachfragen und auch eigenes Wissen beisteuern. Links neben der Wurstbude ist ebenfalls Neubau geplant. Ein paar Schritte weiter soll ein Altbau, der bislang gewerblich genutzt wurde, zu Eigentumswohnungen umgewandelt werden. Kaufpreis: 2800 Euro/qm, allerdings nur für die Grundfläche – alles andere müssen die Erwerber selbst ausbauen. Weiter hinten sollen 400 Mini-Apartments entstehen.

Dass Wohnraum auch ganz anders geschaffen werden kann, zeigen die drei Neubauten der Genossenschaft Spreefeld e.G. am Spreeufer, zu denen bislang nur ein unfertiger Stichweg führt. Die drei Häuser, in denen inzwischen über 80 Erwachsene und 30 Kinder leben, wurden von der Genossenschaft für gerade mal 2000 Euro Baukosten pro Quadratmeter errichtet, inklusive gemeinschaftlicher Räume (mehr dazu auf Seite 10).

Am Spreeufer dringt Sand in die Schuhe. Eine rege Debatte entspinnt sich über den geplanten durchgehenden Uferweg – vor allem darüber, wann und wie er entstehen soll. Es ist eines der wichtigsten Vorhaben im Sanierungsgebiet, viele möchten den öffentlichen Weg möglichst bald realisiert sehen.

Weiter geht es zur inzwischen gesperrten ehemaligen Eisfabrik, über die in den letzten Monaten viel berichtet wurde. Wie es mit dem historischen Areal weitergehen wird, hängt vor allem von den Eigentumsverhältnissen ab: ein Teil des Geländes gehört noch der TLG, die es verkaufen will, es gibt interessierte Investoren, doch ob und zu welchen Konditionen die TLG tatsächlich verkauft, weiß sie vielleicht nicht mal selbst. Auch vor der Eisfabrik wird ein Neubau hochgezielt: Mini-Apartments für Studenten, ebenfalls nicht billig.

Später stellt eine Bewohnerin der Köpi 137 das autonome Wohn- und Kulturzentrum vor, das 1990 besetzt, 1991 legalisiert wurde und sich tapfer gegen Investorenbegehrlichkeiten zur Wehr setzt. Daneben die Wagenburg, davor ein kleines altes Portal, das zum alten Postfuhramt gehört. Peter Schwoch zeigt die nur noch schwach erkennbare Inschrift: »Postamt 16« steht darauf. Dahinter türmen sich Schuttberge. Ob das Portal erhalten bleibt, ist ungewiss.

Letzte Station ist die Schule in der Adalbertstraße, ein DDR-Bau, der seit Jahren leer steht und eines der derzeit wichtigsten Themen im Gebiet ist (siehe auch Seite 3) – viele Anwohner wollen angesichts des Bevölkerungswachstums im Gebiet, dass der Bau als Schulstandort reaktiviert wird.

Nach über drei Stunden ist man aufgetankt mit Sonne, vielen Informationen und Eindrücken. Toller Rundgang!

us

Kommentar

Neuer Trend: Das Wohnklo-Ghetto!

Neulich im Briefkasten gefunden: »Berlin entwickelt sich rasant: Steigen Sie jetzt in den boomenden Markt ein!« Ein Immobilienunternehmen möchte unser Geld. Für 123.000 Euro bietet es uns per Flyer Studentenwohnungen am Alexanderplatz zum Kauf an: »Inflationsschutz, riesige Nachfrage, ca. 4,9% Rendite.« Es rechnet uns vor: aus unserem (von den Immobilienverkäufern angenommenen) Eigenkapital von ca. 25.000 Euro erwirtschaften wir nach Abzug von Zins- und Tilgungskosten einen Überschuss von 49 Euro im Monat. Denn ein Student oder eine Studentin wird uns Netto-Mietentnahmen von 470 Euro für eine 24 Quadratmeter kleine Wohnung bescheren. »Das Erfolgsobjekt: in nur 4 Monaten 35% verkauft!« Im Internet kann man die Grundrisse des geplanten Elfgeschossers betrachten. Fast 400 winzige Wohnungen reihen sich aneinander, verbunden durch enge Flure. Mit rund 40 anderen Studenten soll sich unser Mieter das Stockwerk teilen, es gibt keine Gemeinschaftsräume, dafür aber einen eigenen Fahrradabstellplatz. Um auf unseren Überschuss zu kommen, müsste uns der studentische Mieter allerdings auch noch Betriebskosten, Verwaltungskosten und Instandhaltungsrücklage bezahlen: schätzungsweise 600 Euro kämen da im Monat zustande. Ganz schön happig! Im Durchschnitt, so berichtet das Studentenwerk, stehen Berliner Studenten 921 Euro im Monat zur Verfügung.

In der Köpenicker Straße ist ein ähnliches Objekt bereits im Bau: 212 Ein-Zimmer-Apartments mit jeweils 21 Quadratmetern, für 495 Euro im Monat brutto. Arbeitsräume kann man zeitweise dazu buchen. Um die Ecke, in der Michaelkirchstraße, plant ein Investor eine ähnliche Anlage, einen »Gründercampus« mit hunderten winzigen Wohnklos. Und am Frankfurter Tor in Friedrichshain hat ein Investor vor kurzem der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte (WBM) ein großes Grundstück weggeschnappt, das diese eigentlich für Wohnungsbau vorgesehen hatte. Der Bund als Eigentümer verkaufte aber lieber an die »Cresco Capital Studenthouse Projektentwicklungs GmbH«, die das Bürohaus in ein Studentenwohnheim mit knapp 500 winzigen Studentenwohnungen umwandeln will.

Offenbar beschert uns die neue Wohnungsnot bei einem weitgehend »liberalisierten« Baurecht einen neuen Gebäudetypus: das Wohnklo-Ghetto für Soziopathen! Denn Studenten, die in der Lage sind, die aufgerufenen Preise zu zahlen, gibt es nicht endlos. Wer soll also in 20, 30 Jahren da wohnen, auf 20 Quadratmetern?

Auch alternativ-genossenschaftlich denkende Projektentwickler bauen Studentenwohnungen. So errichtet die »Studentendorf Schlachtensee e.G.« derzeit in Adlershof eine Wohnanlage. Auch hier finden Studenten nur winzige Zimmerchen vor: 15 möblierte Quadratmeter inklusive Dusche und WC reichen gerade mal für Bett und Schreibtisch. Zugleich teilen sich aber jeweils 13 Bewohner eine sehr großzügige Wohnküche von 90 Quadratmetern – soziales Leben findet hier also noch Platz. Happig ist allerdings auch hier der Preis: Ohne öffentliche Förderung kostet so ein Zimmer 390 Euro warm pro Monat.

Christof Schaffelder

Bildecke



Die BerlinStrategie?

Das 4. Stadtforum zu Zukunftsperspektiven für Berlin

Berlin wächst. Aber wie reagiert man darauf? Wie könnte die Stadt im Jahr 2030 aussehen? Wo gibt es Entwicklungsbedarf und Potenziale? Was sind die Aufgaben und Themen der nächsten Jahre?

Diesen Fragen widmet sich das »Stadtforum«, organisiert von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, unter dem Titel »Die BerlinStrategie – Stadtentwicklungskonzept Berlin 2030«. An dem neuen Konzept wird seit einem Jahr gearbeitet, wobei alle »relevanten städtischen Akteuren und Akteure« bzw. die »gesamte Stadtgesellschaft« einbezogen werden sollen. Im April fand das 4. öffentliche Stadtforum statt – und über 500 Menschen kamen. Nicht nur das obligatorische Fachpublikum, sondern auch viele Vertreter unterschiedlicher Initiativen und interessierte Bürger.

Nach den ersten Stadtforen wurde es nun konkreter: Die Senatsverwaltung hatte elf sogenannte »Transformationsräume« definiert, in denen es Entwicklungsmöglichkeiten oder -bedarf gibt: u.a. den Spreeraum, die Stadtmitte, Wedding, aber auch Buch, Spandau, Marzahn-Hellersdorf, die City West, Tempelhof-Südquartier oder Schöne-weide. Auf elf Tischen waren die jeweiligen Gebietspläne angepinnt; die Besucher waren aufgefordert, kleine Fähnchen mit ihren Vorschlägen und Ideen zu beschriften. Stadtentwicklungssenator Michael Müller nannte in seinem Eingangsvortrag mehrere Handlungsfelder für Berlin: u.a. die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, den Erhalt

der solidarischen Stadt, Wohnungspolitik, Haushaltskonsolidierung, die Stärkung des Selbstbewusstseins »als Hauptstadt und internationale Stadt«, und die sogenannte »Smart City« – unter diesem Begriff werden Themen wie Klimaschutz, Energiepolitik, Mobilität, Grün, Freiflächen, Recycling subsumiert. Müller räumte in seinem Statement auch ein, dass die Berliner Privatisierungspolitik der letzten 20 Jahre »teilweise ein Fehler« gewesen sei.

Doch bevor es in die »Arenen« ging, bei denen an den elf Tischen über die jeweiligen Stadträume diskutiert wurde, intervenierte ein Zusammenschluss mehrerer Mieterinitiativen mit einem eindrucksvollen Spontanauftritt: Vertreter der inzwischen sehr gut vernetzten Bündnisse mahnten bei der Politik an, sich endlich der Mietpreisexplosion und der Wohnungsnot in Berlin zu widmen, und verteilten ihr zweites »Mietenpolitisches Dossier« – eine Broschüre mit dem Titel »Ein Recht auf Stadt für alle«.

Das spiegelte sich auch in den anschließenden Diskussionsrunden an den einzelnen Tischen: sozial verträgliche Mieten und bezahlbarer Neubau wurde auf vielen der Fähnchen gefordert. Ebenso nachdrücklich war das Plädoyer, die Berliner soziale Mischung zu erhalten und Freiräume auch für kulturelle Nutzungen zu bewahren. Erwartungsgemäß war der Tisch »Tempelhof-Südquartier« aus aktuellem Anlass am stärksten besucht. Doch auch an den Tischen »Spreeraum«, »Mitte« und »Wedding« gab es großen Andrang. Deutlich wurde, dass die Bürger nicht nur einzelne konkrete Wünsche haben, sondern eine sozialverträgliche Stadtentwicklungspolitik fordern und auch Ideen zur Entwicklung von Industriebrachen und Freiflächen einbringen.

Wenn der Senat es ernst meint, muss das Verfahren aber vertieft und professioneller gestaltet werden. 500 Menschen an elf Tischen gerade eine Stunde lang zu den großen Problemen einer großen Stadt debattieren zu lassen (und das bei erbärmlicher Akustik in der großen Halle des »Energieforums«) ist definitiv zu wenig. Es wäre eine traurige und aussichtslose Alibi-Veranstaltung, wenn nicht bald konkrete Foren zu und in den einzelnen Gebieten folgen, wo die Diskussionen vertieft werden können. us

Kommentar

Das »Stadtforum« war Anfang der 90er Jahre vom damaligen Stadtentwicklungssenator Volker Hassemer (CDU) ins Leben gerufen worden, um ein öffentliches Forum zur Zukunft Berlins zu schaffen und auf dem viele Akteure debattierten. Gleichzeitig gründete sich aber auch ein »Stadtforum von unten« als Gegenbewegung, in dem sich viele städtische Initiativen, u.a. das Bündnis »Wir bleiben alle«, engagierten.

Das offizielle Stadtforum degenerierte schnell: Ab 1996 benutzte der damalige Stadtentwicklungssenator Peter Strieder (SPD) samt seinem selbstherrlichen Senatsbaudirektor Hans Stimmann das Forum als Verkündigungsorgan für den rückwärtsge wandten »Masterplan Innenstadt«, der von vier beauftragten Planern im stillen Kämmerlein geschmiedet worden war. In der Folge wurden etliche wichtige Kritiker mundtot gemacht und verabschiedeten sich resigniert aus der Berlin-Debatte. Es war ein Exodus kritischer Stimmen, der bis heute der Stadt weh tut.

Das neue Stadtforum muss jetzt – nach allen politischen Fehlentscheidungen und Fehlorientierungen in den letzten zwei Jahrzehnten – beweisen, dass es die Realität wahrnimmt, die Stimmen der Bürger ernst nimmt und auf essentielle Anliegen reagiert. Dass Senator Müller völlig unerwartet den von vielen städtischen Akteuren geschätzten und fachlich angesehenen Staatssekretär Ephraim Gothe aus unerfindlichen Gründen schasste, trug nicht eben zur Vertrauensbildung bei. Gothes Nachfolger, Engelbert Lütke Daldrup, der sich nun an Gothes Stelle speziell dem schwierigen Thema Wohnungsbau annehmen soll, ist ein überaus renommierter, erfahrener Raumplaner, der sich sowohl in Berlin als auch in Leipzig einen hervorragenden Ruf auch als Kommunikator erarbeitet hat. Aber die Versäumnisse der letzten zwei Jahrzehnte mal eben schnell wegzubern – das können auch die besten Staatssekretäre nicht. us

Wachstum!

Die Innenstadt wird immer enger – und internationaler



Berlin ist eine wachsende Stadt. Das behauptet nicht nur der Senat – es liegt inzwischen klar auf der Hand. Berlin wächst sogar schneller, als die aktuelle Bevölkerungsprognose vorhersagt. Diese wurde im Jahr 2012 auf Grundlage des Einwohnerregisters aus dem Jahr 2011 erstellt. Da wuchs die Berliner Bevölkerung erstmals seit langer Zeit wieder deutlich um rund 40.000 Bewohner. Die Prognose nahm dies als Ausgangswert und sagte einen allmählichen Rückgang des Wachstums voraus. Doch das verstärkte sich in den Folgejahren sogar noch: im Jahr 2013 wuchs Berlin um 47.800 Bewohner.

Begleitet (und teilweise verursacht) wurde dieses Bevölkerungswachstum von einem anhaltenden Beschäftigungswachstum. Obwohl die Wirtschaft insgesamt nicht besonders gut abschnitt (das Bruttoinlandsprodukt Berlins wuchs im vergangenen Jahr nur um 1,2%, im Jahr 2012 sogar nur um 0,6%), stieg die Zahl der Beschäftigten dennoch deutlich an. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wuchs im vergangenen Jahr etwa um 2,6%, im Jahr 2012 sogar um 3,4%. Das ist ein ziemlich merkwürdiges Phänomen, das eigentlich nicht ins übliche Muster passt: Normalerweise wächst die Wirtschaft, also die Summe der in einem Gebiet produzierten Güter und Dienstleistungen, schneller als die Beschäftigung. Denn der technische Fortschritt führt ja zur Rationalisierung, also der Möglichkeit, mit weniger Arbeitseinsatz mehr Wert zu produzieren. In Berlin läuft das derzeit umgekehrt: mit deutlich mehr Beschäftigung wird bloß ein kleines bisschen mehr Wert produziert. Wie kommt das?

Berlins Stärke

Die Arbeitsplätze entstehen in eher kleinen Betrieben und Netzwerken des Dienstleistungssektors und mit geringem Kapitaleinsatz. Die Berliner Makler jammern ein bisschen darüber: Denn der größte Deal, den sie im letzten Jahr im Gewerbebereich einfädeln konnten, war die Vermietung von rund 10.000 Quadratmeter Bürofläche in Kreuzberg an das in Mitte entstandene Internetportal idealo.de. Dort arbeiten rund 400 Mitarbeiter vor allem am Computer. Vom Firmenumsatz fließt also ein großer Teil in die Löhne der Mitarbeiter und nur ein kleiner in die Anschaffung von Maschinen. Für das Bruttoinlandsprodukt (BIP) springt da nicht so viel heraus – im Gegensatz zur klassischen Industrie, wo immer mehr Maschinen und Roboter Arbeitskräfte ersetzen und damit Wachstumsraten erwirtschaften. Das zeigt: Die Berliner Wachstumsdynamik wird nicht in erster Linie durch Investitionen getragen, sondern durch Arbeitskräfte.

Und das führt wieder zurück zum Bevölkerungswachstum. Denn es sind vorwiegend junge und gut ausgebildete Leute, die nach Berlin kommen, viele von ihnen aus dem europäischen Ausland. Sie finden hier, was in ganz Europa zur Mangelware geworden ist: Arbeit. Und sie schaffen gleichzeitig die Bedingungen dafür, dass in Berlin neue Beschäftigung im arbeitskraftintensiven Bereich entsteht. Denn sie gründen Firmen, nicht nur im IT-Bereich, sondern in allen möglichen Branchen, wo man ohne großen Kapitaleinsatz, aber mit Know-How und guten Ideen ein tragfähiges Geschäft eröffnen kann.

Bezirk Mitte ist Integrationsmaschine

Das tun sie vorwiegend im Zentrum der Stadt. Während die Bevölkerung Berlins in den letzten drei Jahren um 130.000 Einwohner (3,8%) wuchs, nahm sie im Bezirk Mitte um 21.500 Einwohner und damit um 6,5% zu. Hier wohnt inzwischen etwa jeder zehnte Berliner. Dabei wirkt der Bezirk sozusagen als Integrationsmaschine: Fast jeder sechste Neuberliner meldet sich derzeit hier an – von den Ausländern, die nach Berlin ziehen, sogar fast jeder fünfte. Im Gegenzug verliert der Bezirk allerdings auch ständig Bewohner an andere Berliner Bezirke. Auffällig ist jedoch, dass dabei der Anteil der Ausländer deutlich geringer ist als beim Zuzug. Unter dem Strich wird im Bezirk Mitte das Bevölkerungswachstum durch Zuwanderung derzeit vor allem von Ausländern erzeugt. Hier könnten sich freilich auch die Mängel der Statistik per Einwohnerregister auswirken: Nicht jeder, der Deutschland verlässt, meldet sich zuvor auch brav beim Einwohnermeldeamt ab. Dennoch – Berlin wird internationaler, und das von seiner Mitte aus.

Soziale Probleme verschärfen sich

Das Wachstum hat aber natürlich auch Konsequenzen. Denn den zusätzlichen Bewohnern des Bezirks (gut 8.000 allein im letzten Jahr, davon ca. 1500 durch steigende Geburtenraten) stehen nicht annähernd ausreichende Wohnungsneubauten gegenüber. Im Bezirk Mitte wurden im vergangenen Jahr Baugenehmigungen für insgesamt 1766 Wohnungen erteilt, so viele wie in keinem anderen Berliner Bezirk. Aber auch die werden, wenn sie gebaut sind, nur für etwa 3000 Personen reichen. Der Rest wird sich im vorhandenen Wohnraum drängen müssen – ein schmerzhafter Prozess, der vor allem die Einkommensärmeren trifft. Mit fortschreitender Wachstumsdynamik werden sich folglich auch die sozialen Probleme weiter verschärfen.

Christof Schaffelder





Ch. Eckelt

Wir haben genug Schulen...

Sabine Smentek (SPD) ist seit Ende Januar die neue Bezirksstadträtin und Leiterin der Abteilung Jugend, Schule, Sport und Facility Management im Bezirk Mitte. Ein Interview.

Frau Smentek, wie kamen Sie zu diesem Job?

Ich habe Betriebswirtschaft studiert und war in den letzten zwanzig Jahren als Unternehmensberaterin tätig, davon die letzten 15 Jahre mit meiner eigenen Firma. Dabei habe ich nicht nur kleine Unternehmen beraten, sondern vor allem Berliner Verwaltungen, denen ich bei Organisationsreformen mit meinem »Blick von außen« helfen konnte. Daher kenne ich auch das Jugendamt Mitte und aus anderen Bezirken das Aufgabenfeld »Facility Management« – früher hieß das »Liegenschaftsverwaltung«.

Ehrenamtlich habe ich mich lange Zeit im Vorstand und zuletzt als Aufsichtsratsvorsitzende der Genossenschaft »Weiberwirtschaft« in der Anklamer Straße engagiert. Ich bin aber auch schon lange Mitglied der SPD und war Ende der 80er Jahre in Kreuzberg kommunalpolitisch aktiv. Als ich nach 15 Jahren mein Ehrenamt in der Weiberwirtschaft aufgab, hatte ich wieder Zeit, mich in der SPD zu engagieren – im Bezirk Mitte, wo ich inzwischen wohne. Als mein Vorgänger Ulrich Davids sein Amt niederlegte, wurde ich angesprochen und habe zugesagt. Das war keine leichte Entscheidung, denn ich musste damit ja zugleich auch meine Beratungsfirma aufgeben. Ich habe den Schritt aber bisher keine Minute bereut.

Aus der Sicht der Unternehmensberaterin gefragt: Was muss ein Stadtrat oder eine Stadträtin mitbringen, um eine gute Arbeit zu machen?

Zunächst einmal Gestaltungswillen. Denn das ist ja ein politisches Amt – es reicht nicht, allein die Tagespost durchzugehen und E-Mails zu beantworten. Dazu kommt natürlich auch eine gewisse Führungsqualität: Man muss delegieren und motivieren können, Prioritäten setzen. Auch der Blick für Finanzen ist wichtig, gerade wenn die Mittel knapp sind. Und es braucht eine gute Portion Neugier – das gilt aber für viele andere Arbeitsstellen auch.

Für die Leitung der Abteilungen Jugend und Facility-Management bringen Sie Erfahrungen mit, wie aber steht es um den wichtigen Bereich Schule?

Die Bezirke verwalten in Berlin ja in erster Linie die Schulgebäude, die Infrastruktur und die Schulorganisation. So haben nur die Schulhausmeister ihre Arbeitsverträge mit dem Bezirk. Alle anderen, von der Schulsekretärin bis zum Schulrat, unterstehen dem Landesschulamt, also dem Senat. Unter den Immobilien des Bezirks stellen die Schulen zudem den größten Anteil. Deshalb passen die Ämter Schule und Facility-Management ja auch so gut zusammen.

Zuständig sind Sie aber auch für die Schulentwicklungsplanung. Im Bezirk Mitte wächst die Bevölkerungszahl und vor allem auch die Zahl der Kinder sehr stark. Reichen in Zukunft die Grundschulplätze?

Derzeit auf jeden Fall. Wir haben genug Schulen – aber nicht unbedingt an den richtigen Orten. Im Gebiet Südliche Brunnenstraße bräuchten wir mehr, da müssen wir uns Gedanken über die Aufstellung »mobiler Systembauteile« machen. Früher nannte man sie »Container«, aber inzwischen sind sie wirklich sehr gut geworden. Im südlichen Tiergarten dagegen ist die Allegro-Grundschule nicht ausgelastet und hat aufgrund der Bevölkerungsstruktur im Einzugsgebiet auch gar keine Chance auf Auslastung. Man kann sie aber auch nicht schließen, denn sonst wären die Grundschüler in dem Bereich nicht versorgt.

Das ist für den Bezirk sehr teuer, denn wir bekommen die Zuweisungen des Landes ja auf Grundlage der Schülerzahl, müssen damit aber andererseits die Betriebskosten, die Reinigung und Heizung sowie die »kalkulatorischen Kosten« der Schulgebäude bestreiten. Letztere sind so eine Art fiktive Rücklage für Instandsetzung und Sanierung und schlagen mit erheblichen Summen zu Buche. Wenn eine Schule nicht ausgelastet ist, fehlt uns deshalb an anderer Stelle schmerzlich das Geld.

Die Schulentwicklungsplanung für die Zukunft ist aber sehr schwierig. Wie die Erfahrung zeigt, werden nicht alle Kinder im Vorschulalter auch in öffentlichen Schulen eingeschult. Viele gehen auf Privatschulen oder ziehen mit ihrer Familie vor der Einschulung in andere Bezirke. Zudem werden vor allem im Ortsteil Mitte, aber beispielsweise auch in Moabit in den nächsten Jahren viele Wohnungen neu gebaut. Es ist aber sehr schwer vorherzusehen, wie stark sich das konkret auf die Schulen auswirkt, denn: Wie viele der Familien, die sich diese Wohnungen leisten können, haben Kinder, die sie dann auf öffentliche Schulen schicken?

Wir werden aber in Zukunft jedes Jahr und nicht mehr nur alle fünf Jahre unsere Schulentwicklungsplanung aktualisieren und die tatsächliche Entwicklung in den Gebieten genau beobachten. Das leerstehende Schulgebäude in der Adalbertstraße in der Nördlichen Luisenstadt wird daher als Standortreserve weiterhin im Eigentum des Landes Berlin bleiben.

Das Interview führten Christof Schaffelder und Nathalie Dimmer

Verkehrskonzept in öffentlicher Diskussion

Der Bezirk arbeitet derzeit an einem Verkehrskonzept für die Nördliche Luisenstadt. Auf einer öffentlichen Versammlung wurde am 11. März der aktuelle Stand vorgestellt – mit großer Resonanz. Etwa 80 Teilnehmer füllten das Forum der Evangelischen Schule in der Wallstraße. Diskutiert wurde kontrovers – die grundsätzlichen Ziele des Konzepts stießen jedoch auf große Zustimmung.

Die Verkehrsplaner der Büros Hoffmann-Leichter Ingenieurgesellschaft mbH sowie der Gruppe Planwerk hatten zunächst in aufwändigen Untersuchungen die tatsächlichen Verkehrsströme und -geschwindigkeiten im Bereich östlich der Heinrich-Heine-Straße gemessen, Unfallschwerpunkte ermittelt und eine Parkraumerhebung durchgeführt. Kritisiert wurden die Planer allerdings vor allem für die Zeitpunkte, an denen diese Erhebungen vorgenommen wurden. Die waren zwar methodisch geschickt über verschiedenen Wochentage und Tageszeiten verteilt, berücksichtigten aber nicht, dass speziell in der Köpenicker Straße auch nachts ein großer Problemdruck besteht – dann nämlich, wenn die Taxis große Schlangen vor den Clubs bilden. Mit dem Runden Tisch Köpenicker Straße, an dem sich Anwohner und Clubbetreiber regelmäßig über solche und ähnliche Probleme und mögliche Lösungsansätze austauschen, stünde den Planern doch ein kompetenter Ansprechpartner zur Verfügung.

Die Vorschläge, die die Büros für konkrete Maßnahmen erarbeiteten, gliedern sich in verschiedene Handlungsfelder. Finanzielle Mittel, um diese Maßnahmen in Zukunft umzusetzen, stehen jedoch vor allem im Sanierungsgebiet und in den Erhaltungsgebieten der Nördlichen Luisenstadt zur Verfügung (siehe Karte auf Seite 11) Deshalb konzentrieren sich die Vorschläge auf diese Bereiche, ohne jedoch die übrigen Gebiete außer Acht zu lassen.

Zur Geschwindigkeitsreduzierung schlagen die Planer u.a. in der Adalbert-, Ohm- und Schmidstraße, im Bereich um die City-Grundschule sowie in der Michaelkirchstraße zwischen Michaelkirchplatz und



Köpenicker Straße die Anordnung von verkehrsberuhigten Bereichen vor (Schrittgeschwindigkeit, Kinder, Fußgänger und Radfahrer haben Vorrang). Rund um den Michaelkirchplatz und das Engelbecken empfehlen sie Tempo 20. Im Straßenzug Engeldamm/Annenstraße soll das streckenweise geltende Tempo 30 erweitert werden. Die Betroffenenvertretung, der Runde Tisch Köpenicker Straße und der Mieterbeirat Köpenicker Straße fordern zudem, wenigstens nachts auch in der Köpenicker Straße die Geschwindigkeit auf Tempo 30 zu begrenzen. Weil allein das Aufstellen von Schildern nicht reichen wird, sollen Aufpflasterungen, Kissen und Schwellen die Geschwindigkeiten in einigen dieser Straßen sowie in der Alten und Neuen Jakobstraße reduzieren. Dort halten die Planer auch die Markierung von Tempo 30 auf der Fahrbahn für erforderlich.

Diese Maßnahmen sowie der Bau von Gehwegvorstreckungen sollen zu mehr Verkehrssicherheit beitragen. Im Bereich um den Michaelkirchplatz beginnen dazu jetzt bereits die Bauarbeiten, in der Melchiorstraße laufen dazu konkrete Planungen, in der Adalbertstraße werden sie im Zuge des Umbaus zur verkehrsberuhigten Zone empfohlen. In dem oben genannten Abschnitt der Michaelkirchstraße empfehlen die Planer zudem eine Verengung der Fahrbahn. Querungshilfen würden auch zur Verkehrssicherheit in der Köpenicker Straße beitragen. In der Heinrich-Heine-Straße könnten Mittellinseln diese Aufgabe erfüllen, die erste an der Ecke zur Dresdner Straße ist bereits angeordnet. Ein weiterer Vorschlag der Planer ist die Einrichtung einer Absetzzone, in der Eltern in der Sebastianstraße pro-

blemlos ihre Kinder zum Schul- oder Kita-besuch aus dem Auto steigen lassen können. Andere Vorschläge zielen auf die Einrichtung von mehr Abstellplätzen für Fahrräder sowie die Einrichtung von Haltezonen für Busse vor dem AO Hostel und am Märkischen Museum.

Bezüglich der Parkplätze schlagen die Planer die Einrichtung einer Parkraumbewirtschaftung vor. Der zuständige Stadtrat Carsten Spallek (CDU) verwies allerdings auf die Vereinbarung zwischen SPD und CDU im Bezirk Mitte, die Ausweitung von Parkraumbewirtschaftung nur dann zuzulassen, wenn Studien die Notwendigkeit eindeutig nachweisen. Die Verkehrsstudie soll nun entsprechend vertieft werden. Die Planer werden ihre Studie dahingehend konkretisieren. Die Entscheidung müsse, so Spallek, in den politischen Gremien des Bezirks diskutiert werden. Der Stadtrat zeigte sich jedoch durchaus beeindruckt vom Nachdruck, mit dem die Bürger auf der Versammlung für eine Parkraumbewirtschaftung eintraten.

Bei dem Verkehrskonzept handelt es sich um ein großes Bündel von Vorschlägen. Das heißt allerdings nicht, dass sie auch tatsächlich alle in den nächsten Jahren verwirklicht werden können. Denn einerseits müssen dafür die erforderlichen finanziellen Mittel bereit stehen. Andererseits muss bei sogenannten »übergeordneten« Hauptstraßen (dazu gehören zum Beispiel auch die Michaelkirch- und Annenstraße sowie der Engeldamm) die zuständige Abteilung »Verkehrsentwicklung Berlin« (VLB) der Senatsabteilung für Stadtentwicklung und Umwelt entscheiden. Und das kann erfahrungsgemäß dauern.

cs

»Schneller sein mit guten Ideen«

Interessante Wohnmodelle der Genossenschaft Spreefeld e.G.



Die Lage ist genial: Nur ca. 50 Meter hinter den drei holzverkleideten Wohnbauten fließt die Spree entlang. Zwischen dem DAZ und der alten Seifenfabrik mit ihrem markanten Schornstein stehen die Neubauten, daneben haben Bewohner kleine Beete angelegt. Ein sandiges Stück Uferweg führt zu einem Bootshaus, das auch zum Ensemble gehört. An einer Hauswand weist ein kleines Schild Besucher darauf hin, dass Gäste willkommen sind und das Stück Uferweg offen, aber nicht öffentlich ist – eine kleine, aber wichtige Unterscheidung, die Architekt Christian Schöningh später erklärt.

Schöningh ist Mitbegründer der Genossenschaft Spreefeld e.G., die die Häuser gebaut hat. Seit vielen Jahren arbeitet er an alternativen Wohnmodellen. Dieses hier, am Spreeufer, umfasst insgesamt 64 Wohnungen mit gemischten Wohnformen – von der kleinen 35qm-Wohnung bis zu einer 800qm-Wohneinheit, bestehend aus sechs zusammgelegten Wohnungen, in der 21 Menschen leben und gemeinsam Räume nutzen. Auch Angelika Drescher wohnt hier. Wie Schöningh ist sie Architektin. Alle Wohnungen sind längst belegt, inzwischen leben hier 85 Erwachsene und 30 Kinder und Jugendliche, berichtet sie. Außerdem gibt es einige Gewerbeflächen, eine Kita mit 25 Kindern, die von einer Kreuzberger Initiative betrieben wird, und die sogenannten »Optionsräume« in den Erdgeschossen. Diese sind zunächst nichtkommerziellen und gemeinschaftlichen Nutzungen vorbehalten. Sie wurden als Rohlinge beim Wohnungsbau mitfinanziert und teilweise bereits durch Bewohner ausgebaut. Die Dinge sind noch im Fluss und ständigem genossenschaftlichen Diskussionsprozess, grundsätzlich aber geht es darum, langfristig Räume für sinnvolle soziale Nutzungen zur Verfügung zu halten: eine Kiezwerkstatt etwa, oder einen Raum, in dem gemeinsam gekocht wird, kulturelle Nutzungen oder für StartUps. Das Bootshaus dient als genossenschaftliches Vereinshaus für Debatten und Kultur. Zwei Drittel der gesamten Grundstücksfläche bleiben unbebaut und stehen für offene Nutzungen zur Verfügung. Interessant ist auch, dass es keine Keller gibt: Also entrümpeln die Bewohner, was wiederum zu Tauschbörsen führt ...

Gemeinschaft, Nachhaltigkeit, bezahlbares Wohnen in vielfältigen Formen, ein begrenzter Flächenverbrauch pro Kopf (im Durchschnitt 40 qm) und die Aneignung öffentlichen Raumes sind die Grundthemen der Genossenschaft.

Dabei sind die Entstehungsgeschichte, die Organisationsform und Finanzierung des »Spreefeld« besonders bemerkenswert: Gerade mal 2200 Euro/qm betragen die Gesamtherstellungskosten im Schnitt – inklusive der Grundstückskosten und der kostenfrei nutzbaren Gemeinschaftsräume. In Zeiten explodierender Mieten und dem Ruf nach bezahlbarem Wohnraum zeigt die Genossenschaft, wie kostengünstiges Bauen zu bewerkstelligen ist.

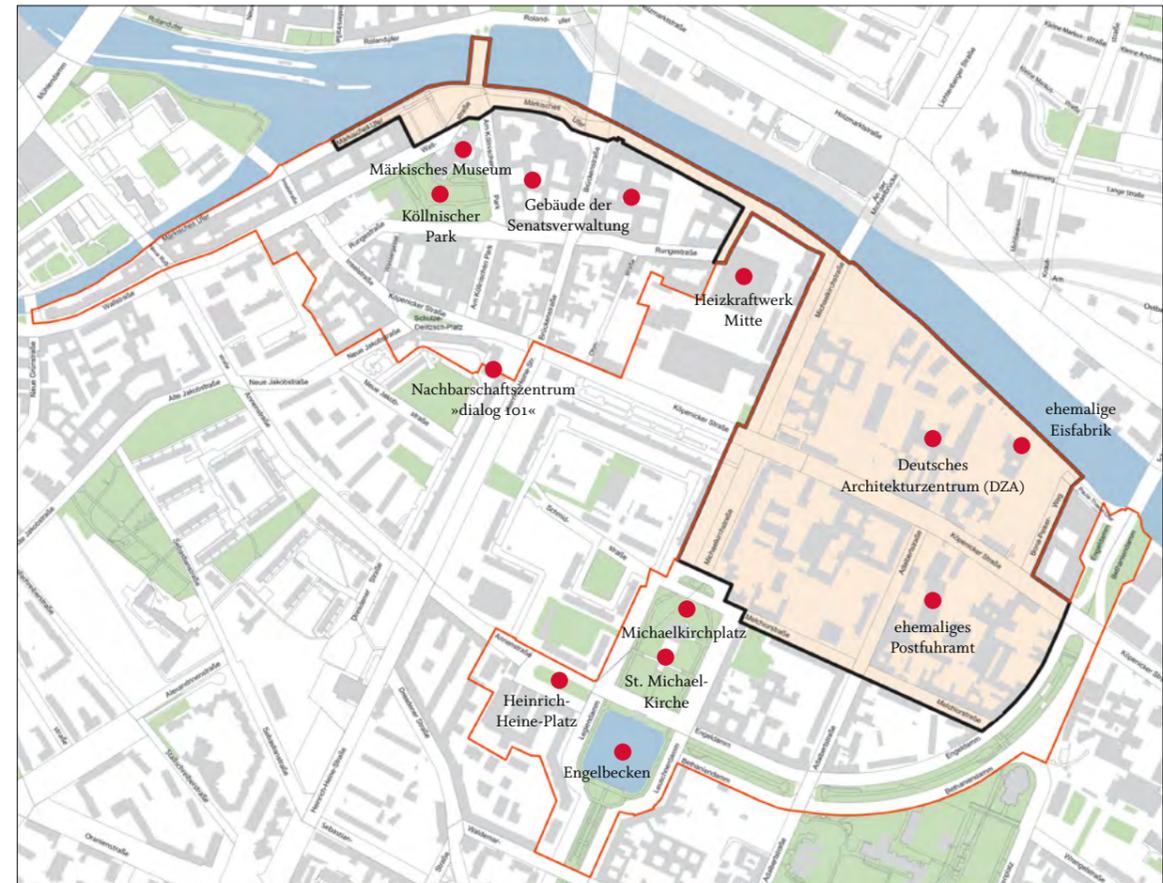
Möglich war das aus mehreren Gründen, kurioserweise auch wegen der Lage, die ja sehr attraktiv ist – zentral und am Wasser. Nur war das Grundstück von der Köpenicker Straße aus nicht erschlossen und galt als Risikogrundstück, es gab baurechtliche Probleme. Deshalb war der Preis niedrig. Inzwischen wird eine Stichstraße von der Köpenicker aus zum Grundstück geschaffen.

Außerdem wurden die ökologisch durchdachten und energiesparenden Passivhäuser mit sehr spartanischem Standard gebaut: Bodenbeläge und Malerarbeiten übernehmen die Bewohner selbst nach individuellen Vorstellungen.

Für die Finanzierung waren Eigenanteile von Genossenschaftsmitgliedern in Höhe von 50 Prozent der Gesamtherstellungskosten notwendig. Dafür zahlen die Genossenschaftler entsprechend weniger Nutzungsentgelt und können alle Gemeinschaftsräume mitnutzen. Christian Schöningh ist das Genossenschaftsmodell sehr wichtig: Wohneigentum zementiere bloß konservative Wohn- und Lebensmodelle. Aber im Rahmen der Genossenschaft gebe es ein lebenslanges Wohnrecht, das auch an die Kinder weitergegeben werden könne.

Ein zentrales Thema ist auch der öffentliche Raum. Zwar hat der Bezirk als eines der zentralen Sanierungsziele einen Spreeuferweg von Mitte bis nach Kreuzberg geplant, aber das kann dauern – Grundstücke müssen erworben, Wettbewerbe und Ausschreibungen ausgetobt werden. So lange wollen die Genossenschaftler nicht warten und stellen einen Teil ihres Grundstücks am Spreeufer offenen Nutzungen zur Verfügung. Das heißt: ausdrücklich kein Kommerz, keine Parties. Dafür Kultur, Erholung, wohnverträgliche Nutzungen. Die Genossenschaft hat einige Grundregeln aufgestellt, die eingehalten werden müssen. Ohne Regeln kann keine Gesellschaft funktionieren.

Mehr Infos unter www.spreefeldberlin.de bzw. www.zusammenarbeiter.de



Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt
Erhaltungsgebiete

Ansprechpartner und Adressen für das Gebiet Nördliche Luisenstadt

Betreuung Programm Städtebaulicher Denkmalschutz beim Bezirksamt
Birgit Nikoleit, Tel 901 84 57 79
birgit.nikoleit@ba-mitte.berlin.de

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt

Referat IV C – Stadterneuerung
Württembergische Straße 6, 10707 Berlin
Joachim Hafen (Gebietsbetreuung Luisenstadt), Tel 901 39 49 19
joachim.hafen@senstadtum.berlin.de

Gebietsbetreuung Luisenstadt (Mitte)

Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement – KoSP GmbH
Schwedter Straße 34 A, 10435 Berlin
www.kosp-berlin.de
Andreas Bachmann, Tel 33 00 28 39,
bachmann@kosp-berlin.de
René Uckert, Tel 33002833,
uckert@kosp-berlin.de

Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt

Treffen jeden dritten Dienstag im Monat um 18.30 Uhr im Nachbarschaftszentrum »dialog 101«, Köpenicker Straße 101, jedoch schon am 11. Februar!
10179 Berlin, direkt am U-Bahneingang Heinrich-Heine-Straße
Ansprechpartner: Volker Hobrack,
Tel 275 47 69, mail: vhobrack@gmx.de
bzw: bv.luisenord@gmail.com

Bürgerverein Luisenstadt

Michaelkirchstraße 7, 10179 Berlin,
Tel 279 54 08
post@buergerverein-luisenstadt.de
www.buergerverein-luisenstadt.de
Bürozeiten: mittwochs 14–17 Uhr



Zurück zu den Wurzeln



Christiano Campus ist Koch aus Leidenschaft – die Gerüche und Geräusche aus der Küche seiner Mutter haben sein Leben geprägt. In seiner Caffetteria »Ponte Carlo« in der Brückenstraße gibt er seine Liebe und sein Wissen der italienischen Küche an seine Gäste weiter.

»Ponte (zu deutsch: Brücke), wegen der Jannowitzbrücke, und Carlo, weil es sich auf Monte Carlo reimte.« Christiano Campus lacht ausgelassen. Für seine Homepage hatte er den Song »Cornichons« von Nino Ferrer neu interpretiert. Er schrieb und sang eine eigene Version des Hits aus den 60er Jahren als witzige Liebeserklärung an Berlin, seinen Laden und die italienische Küche. Der Name »Ponte Carlo« entstand dabei eher zufällig.

Humor und spielerisches Herumexperimentieren – das macht Christiano Campus' Lebensart aus. Ungezwungen wechselt er zwischen italienisch, englisch, spanisch, deutsch – und versprüht dabei soviel kreative Energie, dass einem fast schwindelig wird.

Eigentlich ist der gebürtige Sarde Künstler. Nach Berlin kam er Mitte der 80er. Er macht Filme, Installationen und war lange Mitglied der »Mutoid Waste Company«. Das Künstlerkollektiv kam im Sommer 1989 aus London nach Berlin. Sie arbeiteten am Görlitzer Park und am Potsdamer Platz, schweißten aus Autoschrott und Armeebeständen riesige Fahrzeuge zusammen. Legendar waren die ausrangierten russischen Kampfflugzeuge, die sie am Berliner Reichstag in den Boden rammten, oder der »Peace-Bird«, der auf Schienen bis nahe an die Mauer herangeführt wurde, um der DDR ein Friedenszeichen zu schenken. Christiano alias AKA-C.C. Gambeex tourte mit seinem umgebauten russischen Armeehubschrauber auf der ersten Loveparade, später diente das Gefährt als Lounge im Yaam-Club.

Früher sei er ständig unterwegs gewesen, doch irgendwann hatte Christiano Campus das Bedürfnis anzukommen. Die Entscheidung, einen eigenen Laden aufzumachen, habe sich wie von selbst ergeben. »Wenn du in Italien aufwächst, dann bist du umgeben von so vielen guten Zutaten und regionalen Besonderheiten, dass das Essen eine zentrale Rolle in deinem Leben einnimmt.«

2008 kochte er für den Chaos Computer Club und sah das leere Ladengeschäft an der Brückenstraße Ecke Rungestraße. Er sagte sich: »Das werde ich jetzt riskieren.«

In der offenen Küche bereitet er zusammen mit dem jungen Koch und passionierten Patissier Giorgio Mecca vor den Augen der Gäste frische Pasta und Risotti, Paninis und Antipasti zu. Ganz schön eng ist es hinter dem Tresen, wenn der Laden zur Mittagszeit brummt. Doch im »Ponte Carlo« ist das wichtigste die entspannte und lockere Atmosphäre, und so wirkt jeder Handgriff leicht und ungezwungen. »Wir spielen gute Musik und bereiten hochwertige saisonale Produkte zu. Wir legen großen Wert auf Qualität, aber weniger auf die Form. Hier sollen sich die Leute entspannen können und natürlich bleiben.«

Die Preise für ein Hauptgericht bewegen sich zwischen 6 und 11 Euro. Für Speisen dieser Qualität würde man im Prenzlauer Berg glatt das Doppelte zahlen. Christiano erklärt, dass er ganz genau auf seine Preise achten muss. Die Konkurrenz sei enorm gestiegen in den letzten Jahren. Insgesamt würden die Berliner nicht gerne viel Geld für Essen ausgeben. Er möchte aber auch beweisen, dass gutes Essen nicht immer teuer sein muss.

Die Bewegung des »Slow Food« spielt eine wichtige Rolle im Geschäftskonzept von Christiano Campus. Er bemüht sich um die Erhaltung der regionalen Produkte seiner Heimat und deren lokaler Produktion. Gleichzeitig möchte er traditionelle Verfahren in Deutschland bekannt machen. 2012 hat er zum Beispiel mit der Berliner Fleischerei-Innung einen Wissens-Transfer-Workshop organisiert und drehte darüber einen Dokumentarfilm: »A pig called Salami«. Er ließ Fleischer aus Italien kommen, die deutschen Metzgergesellen beibrachten, wie Panchetta, Salsiccia oder Salami hergestellt wird.

Ab August möchte er in seinem Laden Kochkurse anbieten und im November einen Workshop mit einem Jägerclub aus dem Umland organisieren. »Ich möchte zurück zu den Wurzeln«, sagt Christiano Campus. »Zu den Ursprüngen der Gerichte und Produkte.«

Nathalie Dimmer

»Ponte Carlo«, Brückenstraße 4, Tel (030) 702 429 64

Anmeldung für Kochkurse unter c.campus@pontecarlo.de

Öffnungszeiten: Mo–Sa 10–23 Uhr